

Die Grünen haben sich durchgesetzt

Sieg der Gurken und Melonen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die NZZ nannte das «Manifest der Grünen Schweiz» zum Thema Migration von 2003 «utopisch». Fünfzehn Jahre später hat sich die Partei links der SP damit fast völlig durchgesetzt.



Die damals utopischen Forderungen der «Grünen Schweiz» – wie Massnahmen wegen Lohn-diskriminierung und Lohndumping sowie Mindestlöhne – sind heute keine Utopien mehr, sondern längst Gesetz und haben unseren einst liberalen Arbeitsmarkt zu einem Eldorado für Gewerkschaften gemacht: Jeder

zweite Beschäftigte arbeitet heute unter einem Gesamtarbeitsvertrag, jeder dritte unter einer Mindestlohnregelung. Hunderte Kontrolleure überprüfen Jahr für Jahr über 150'000 Personen in über 40'000 Betrieben.

Die Gesamtarbeitsverträge und die Kontrolltätigkeiten spülen den Gewerkschaften Millionen in ihre wegen Mitgliederschwund leeren Kassen. Eine weitere Forderung war, dass Personen, die «Sans-Papiers» unterstützen, nicht bestraft werden dürften. Auch hier haben sich die grünen Utopisten durchgesetzt. Staatsanwaltschaften und Migrationsämter müssten bei illegalem Aufenthalt von sich aus aktiv werden und die Straftaten verfolgen. Oft ist das nicht der Fall. Gewisse Kantone verteilen grosszügig Ausweispapiere, und illegal Eingereiste können landesweit sogar von gewissen Sozialversicherungen profitieren.

Grüne Flüchtlings- und Einbürgerungspolitik

Gemäss dem Manifest sollen alle Asylsuchenden Anspruch auf unentgeltliche Rechtshilfe haben. Auch hier: Die linksgrünen Ideen der Gurken (grün-grüne Grüne) und Melonen (rot-grüne Grüne) sind umgesetzt worden: Jeder Asylsuchende bekommt ab 2019 in einem der 18 Bundeszentren für sein Verfahren ab dem ersten Tag einen unentgeltlichen Rechtsvertreter. Der volle Rechtsschutz mit Endlosverfahren ist garantiert.

Die «Grünen Schweiz» forderten 2003 eine Senkung der Einbürgerungsfristen auf acht Jahre und die Abschaffung der Einkaufssummen – sowie ein Beschwerderecht bei negativen Entscheiden. Fast alles wurde erreicht: Das neue Bundesgesetz beschränkt die für die Einbürgerung massgebenden kantonalen Wohnsitzfristen zwar auf zwei bis fünf Jahre, im Bund sind es statt zwölf noch zehn Jahre. Ebenso wurden die Einkaufssummen abgeschafft, und es wird zum Dumpingpreis eingebürgert. Auch die grüne Forderung nach einer automatischen Einbürgerung der zweiten und dritten Generation ist bei der dritten Generation Realität.

Obwohl nach wie vor eine Minipartei, haben sich die Grünen im Bereich Migration weitgehend durchgesetzt. Steigbügelhalter waren dabei – wie in ganz Europa – Mitteparteien, die sich bürgerlich nennen.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Mit dem neuen Waffenrecht stellt man die Schützen unter Generalverdacht, dass sie potentielle Terroristen sind. Bisher hat man den mündigen Bürgern vertraut, dass sie ihre Waffe verantwortungsvoll benutzen. Das soll auch so bleiben. Das Schützenwesen steht für unsere zentralen Werte – für Freiheit und Sicherheit. Zusammen mit meinen Nationalratskolleginnen und -kollegen werde ich mich im Gesetzgebungsprozess weiterhin entsprechend einsetzen.

Albert Rösti, Präsident SVP Schweiz



Wir sind 7 Tage die Woche für Sie da!

Hotel Restaurant Vogelsang AG

Hotel – Restaurant – Hochzeiten – Feste – Seminare

Familie Burkhard

Vogelsang 2, 6205 Eich
Tel. +41 (0)41 462 66 66
mail@vogelsang.ch